

---

# Die EU-Erweiterung als Chance für Polen und Deutschland

Jerzy Kranz\*

In seiner Rede bei der Eröffnung der Internationalen Buchmesse in Frankfurt (2000) erinnerte der deutsche Außenminister, *Joseph Fischer*, an die Worte des polnischen Dichters, *Adam Mickiewicz*, der schon vor über 160 Jahren schrieb: „Die Lage Europas ist heute so, dass ein Volk unmöglich den Weg des Fortschritts getrennt von den anderen Völkern beschreiten kann, ohne sich selbst und somit die gemeinsame Sache zu gefährden“. Wenn wir in diesem Zusammenhang an die Zukunft denken, müssen wir uns stets bewusst sein, dass wir sie jeden Tag gestalten.

Mit dem Fall des eisernen Vorhangs öffnete sich eine Chance für ein neues Europa und damit auch für die polnisch-deutschen Beziehungen. Im beiderseitigen Interesse, und auch im europäischen Kontext, brauchen Polen und Deutschland mehr als eine gute Nachbarschaft.<sup>1</sup> Nach der Bewältigung der historischen Vergangenheit müssen beide Länder an einer zukunftsorientierten und europäischen Strategie arbeiten. Wird es gelingen und wie? Werden wir von der europäischen Integration zur Integration Europas übergehen? Wird aus einer guten Nachbarschaft eine Partnerschaft entstehen?

## I.

Polen betrat das 20. Jahrhundert als ein von Nachbarn aufgeteiltes Land und verabschiedete es als Bestandteil der europäischen Staatengemeinschaft, umgeben von Nachbarn, zu denen es freundschaftliche Beziehungen unterhält. Die geographische Lage Polens kann man nicht ändern, die Geopolitik ist aber – zum und mit Glück – beeinflussbar. Wie es einmal der polnische Dichter *Zbigniew Herbert* schrieb: „Unsre Träume sind nicht gedemütigt worden“.

---

\* Dr. habil. Jerzy Kranz, Botschafter a.D. Der Beitrag geht zurück auf einen Vortrag, den der Verfasser am 20. Mai 2003 am Europa-Institut der Universität des Saarlandes, Sektion Rechtswissenschaft, Saarbrücken, gehalten hat.

<sup>1</sup> Der Titel des polnisch-deutschen Vertrags vom 17.6.1991 betrifft die freundschaftliche Zusammenarbeit und die gute Nachbarschaft.

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums, die friedliche Vereinigung Deutschlands, der Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa, die Evolution der NATO und der EU bilden die Grundlage europäischer Politik. Das Grundziel der polnischen Politik besteht darin, diese Entwicklung unumkehrbar zu machen. Polen und andere mitteleuropäische Länder dürfen nicht mehr zu einer Grauzone oder zu einem Hegemonialraum werden. Die europäische Integration hat erfolgreich zur Überwindung der Vergangenheit geführt und sie stellt gleichzeitig das einzige Instrument dar, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Es gibt insofern keine besonderen polnischen Argumente für die Stärkung und die Vergrößerung der NATO und der EU, sondern gesamteuropäische Probleme der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Deshalb ist die Mitgliedschaft der mitteleuropäischen Staaten in der EU nicht nur als Ziel, sondern auch als Mittel der europäischen Einigung zu betrachten. Die Vergrößerung der EU ist kein Geschenk für die Beitrittskandidaten. Man sollte davon ausgehen, dass sich die Probleme Europas mit der EU-Erweiterung besser beherrschen lassen als ohne sie.

Vor 1989 sprach man von der Teilung Europas. Nach 1989 wurde von der Rückkehr Polens nach Europa gesprochen. In der Realität sind es nicht Polen oder die neuen Bundesländer, die nach Europa zurückkehren, sondern Europa nimmt eine neue Gestalt an. Das Brandenburger Tor steht nun offen. Es ist wichtig, dass es europäisch in beiden Richtungen passierbar ist – als Tor europäischer Einigung.

Wenn man gegenwärtig auf die Landkarte schaut – und dies von Westen nach Osten – kann man von einer Erweiterung der Europäischen Union oder der NATO sprechen. Umgekehrt aber – von Osten nach Westen – erweitert sich keine Struktur, sondern Europa vereinigt sich. Es handelt sich also um eine Erweiterung und eine Vereinigung zugleich. Es wächst zusammen, was zusammen gehört. Wenn es in dem sich integrierenden Europa Unterschiede gibt, haben sie einen anderen Charakter – der Trennungsfaktor ist nicht mehr der Stacheldraht.

Die Integration soll im gegenwärtigen Europa das dominierende Konzept bleiben, im Gegensatz zu dem historischen Begriff des Kräftegleichgewichtes zwischen jeweiligen Blöcken und Allianzen – auch wenn es Anfang 2003 zu Spannungen innerhalb der EU gekommen ist.

Die Mitgliedschaft Polens in der NATO und in der EU verleiht zugleich den polnisch-deutschen Beziehungen eine neue Qualität im Rahmen eines europäischen Gesamtzusammenhangs. Diese Mitgliedschaft ist auch für Deutschland von Bedeutung. Erstens breitet sich die Grenze beider Organisationen aus und Deutschland wird nicht mehr zum östlichen EU-Grenzland. Zweitens ist die Erweiterung der EU für Deutschland von beträchtlichem, aus der Erschließung der Märkte und der Zusammenarbeit im Rahmen der dritten Säule (Justiz und Inneres) hervorgehendem Vorteil.

## II.

Mit den Arbeiten des Konvents stellt sich die für Polen und Deutsche wichtige Frage, wie ein zukünftiges Europa aussehen soll. Über die Entwicklung der einzigartigen Struktur der EU, deren Finalität nicht leicht zu beschreiben ist, müssen beide Nationen einen ständigen Dialog führen.

Für einige polnische Politiker: „Es ist symptomatisch, dass in der heutigen Debatte über die Zukunft Europas der Streit zwischen Befürwortern der Regierungskooperation und den Anhängern des Supranationalismus mit solcher Vehemenz wieder ausgebrochen ist. [...] Doch es gäbe weder die EU von heute noch ihre Errungenschaften, wenn die Symbiose von supranationalen und intergouvernementalen Elementen fehlte.“<sup>2</sup>

Der ehemalige polnische Außenminister begrüßte die eingeleitete Debatte über die Zukunft der europäischen Integration. Ihm scheint aber, „dass das Streben nach einer abschließenden Reform der Union ein ebenso hehres wie aussichtsloses Unterfangen ist, ähnlich wie die Suche nach dem Stein der Weisen. In einer ständig im Wandel begriffenen Welt kann es eine solche *ultima ratio* nicht geben.“<sup>3</sup>

Die polnischen Vorstellungen über die Zukunft der EU unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der Deutschen, auch wenn man die Thesen von Außenminister *Fischer* nicht hundertprozentig teilt. Im polnischen Interesse liegt es, eine starke und zentrifugale Tendenzen bekämpfende Union zu unterstützen. Für die polnische Öffentlichkeit ist es auch wichtig, durch klärende Erläuterungen die Natur der europäischen Integration verständlich zu machen. Man erkennt, dass in der Diskussion oft Begriffe benutzt werden, die – nicht immer nur für das breite Publikum – unklare Konturen haben oder unreflektiert angewendet werden und dadurch zu Missverständnissen führen. Dazu gehören solche Schlüsselworte wie Souveränität, Föderation, Subsidiarität, Supranationalität und, letztens, auch Verfassung. Es besteht die Gefahr, dass die nicht immer einfachen Fragen der EU-Evolution sowie der wachsenden Verflechtung europäischer Staaten und Völker durch falsche Themen ersetzt werden.

Die eigentlichen Probleme liegen nicht nur und nicht so sehr in den Begriffen:

- die EU ist schon heute (notwendigerweise) eine föderalistische Konstruktion, wenn auch kein Bundesstaat – nur die Debatte darüber wird wenig verständlich geführt;

---

<sup>2</sup> Präsident der Republik Polen, *Aleksander Kwaśniewski*, Der Weg zur politischen Union Europas, FAZ, 2.12.2000.

<sup>3</sup> *Władysław Bartoszewski*, Vision und Machbarkeit. Für eine neue Finalität der europäischen Integration, Brüssel, am 25. Juni 2000. Englischer Text in: *Bartoszewski*, Above Divisions. Selected Speeches and Interviews, July-December 2000, Warszawa 2001.

- das Subsidiaritätsprinzip ist schon in den Verträgen verankert (wobei es nicht so effizient bleibt, wie einige Politiker meinen);
- die Supranationalität ist der Kern der Gemeinschaft (im Sinne der Kompetenzübertragung und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts), der aus der Notwendigkeit resultiert; hinter diesem Begriff verbirgt sich eher eine spezifische Methode als ein Bundesstaat als Endziel;
- die Staatssouveränität und die Volkssouveränität (die als qualitative Begriffe zu verstehen sind und nicht als Summe der Staatskompetenzen) müssen neu interpretiert werden; diese Interpretation darf jedoch nicht die Souveränität und die europäische Integration auf einen Gegensatz reduzieren. Man sollte den paradoxen Eindruck vermeiden, dass die EU-Mitglieder sich auf ihre Souveränität berufen müssen, um ihre Souveränität zu bewahren.

Die größte Schwierigkeit liegt eher in der politischen Zielsetzung (sogenannte *finalité*), der Kompetenzverteilung zwischen den Gemeinschaftsorganen (die Konkurrenz zwischen dem Ministerrat und der Kommission ist so alt wie die Gemeinschaft) und in der abgestuften Einführung des Mehrheitsprinzips. Alle Begriffs-kontroversen sind meistens ein Hintergrund davon.

Die EU-Reform muss und wird evolutionär sein. Sie wird auch weiter auf dem einzigartigen Gleichgewicht so unterschiedlich wie Kommission und Rat geprägten Organen beruhen. Hier liegt übrigens nicht nur die Schwäche, sondern auch die Stärke der gemeinschaftlichen Methode.

In diesem Kontext hätte Polen ein größeres Interesse, eine starke Kommission zu behalten, ohne dass das eine automatische Schwächung des Ministerrates bedeuten müsste. Die institutionelle Stärkung des Intergouvernementalismus könnte *nolens volens* in Richtung einer Art Großdirektorate (wie auch immer sie sich konfigurieren mögen) oder Kräftegleichgewicht führen. Dies würde dem einzigartigen Charakter der Integration widersprechen.

Was die demokratische Legitimation angeht, wird die europäische Meinung ständig durch Äußerungen verwirrt, die die Demokratie der EU mit der Demokratie in einem Staat verwechseln. Dies ist nicht möglich, ohne einen Bundesstaat zu schaffen. Eine effiziente Kontrolle der nationalen Parlamente über den gemeinschaftlichen Entscheidungsprozess scheint, auch aus praktischen Gründen, wenig realistisch. Hier sollte man eher an eine Verstärkung der Rolle des Europäischen Parlaments denken. Die Kontrolle der nationalen Parlamente könnte sich dagegen auf eine genauere Überwachung der Regierungen konzentrieren. Es ist eine falsche Perspektive, wenn man das Demokratiedefizit nur auf die europäische Ebene reduziert.

Ein anderes Problem ist mit der sogenannten Differenzierung der Mitgliedstaaten verbunden (Kerneuropa, *Europe à plusieurs vitesses*, Gravitationszentrum, Avantgarde usw.). Sie scheint in Zukunft unausweichlich, zumindest in einigen Bereichen. Für

Polen wäre es dabei wichtig, dass verschiedene Kreise offen bleiben, dass die Übergangshürden von einem zum anderen nicht zu hoch liegen (sonst werden manche Kreise unerreichbar), und dass die erwähnte Offenheit auch Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet (wie es gewissermaßen bei der Entstehung der Wirtschafts- und Währungsunion war). Das Konzept der verstärkten Zusammenarbeit scheint in dieser Hinsicht eine vernünftige Lösung zu sein. Zu vermeiden wäre jedoch, dass sich die Union auf Dauer aus Gleichen und Gleicheren zusammensetzt.

Der Konvent und die darauffolgende Regierungskonferenz sollten über diese Fragen urteilen und entscheiden. *Prinz Adam Czartoryski*, ein großer Verfechter europäischer Zusammenarbeit, schrieb im Jahre 1803: „Wenn wir vorankommen wollen, müssen wir uns immer ein Ziel setzen, das wir verfolgen. Damit wir aber immer vorangehen, müssen wir lernen Ziele zu finden, die niemals erreicht werden“. Vielleicht beruht darauf die gemeinschaftliche Methode?

### III.

Bereits im November 1991 wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Polen unterzeichnet, und 1994 stellte Polen den Antrag auf seine EU-Mitgliedschaft. Der reformorientierte Einsatz der ganzen Gesellschaft ging mit der Anpassung verschiedener Lebensbereiche an die Mitgliedschaft in der EU einher. Die Beitrittskandidaten haben die wirtschaftliche Transformation durchgeführt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut – nicht ohne Unterstützung von außerhalb, doch vor allem dank eigener Anstrengung.<sup>4</sup> Im Herbst 1998 wurden konkrete Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen, die im Jahre 2002 zu Ende gingen.

---

<sup>4</sup> Die eigentlichen Probleme einiger Beitrittskandidaten (darunter Polens) hängen mit dem Phänomen zusammen, das man als undurchsichtiges System der Repräsentation gesellschaftlicher Interessen beschreiben kann. Es beruht darauf, dass der Staatsapparat sowie der staatliche Wirtschaftssektor (noch relativ stark in der Großindustrie) zu parteipolitischen Zwecken genutzt werden. Die Politik ist nicht der Staatspolitik gleich und bedeutet oft die Verwaltung des laufenden Geschäfts – wichtige zukunftsorientierte Staatsaufgaben bleiben häufig auf der Strecke. Die politische Organisation der Gesellschaft bleibt unzureichend (ein Teil der Bevölkerung ist parteipolitisch nicht vertreten; das Vertrauen in die politischen Parteien ist gering; die Parteiverdrossenheit stärkt populistische Strömungen, auch wenn diese keine große Chance haben, allein zu regieren). Der Beamtenstatus befindet sich in der Anfangsphase, was zu einer negativen Politisierung des immer noch schwachen Verwaltungsapparats führt. Dies alles bedeutet nicht, dass die Beitrittsländer die Kopenhagener Kriterien nicht erfüllen, sondern dass die Konsolidierung der erreichten Transformation und Demokratie zu langsam ist. Einige vernachlässigte Großreformen stellen immer eine Bedrohung für die öffentlichen Finanzen dar. Die innere Schwäche des Staates ist sichtbar. Als Folge werden einige neue Mitglieder Schwierigkeiten haben, eine erfolgreiche Integrationsstrategie zu entwickeln. Der Übergang von der Beitrittslogik zur Mitgliedschaftslogik wird nicht unproblematisch sein.

Diese Verhandlungen basierten auf dem langfristigen Nutzen aller EU-Mitglieder und auf Solidarität. Wird sich die Solidargemeinschaft Europa auch in Zukunft bewähren oder werden kurzfristige Kosten-Nutzen-Rechnungen und der Blick auf die nächsten Wahlen den Ausschlag geben? Solidarität bedeutet nicht lediglich die Verteilung von EU-Mitteln.

Aus den regelmäßigen Meinungsumfragen in Polen geht hervor, dass die Unterstützung für den EU-Beitritt um 70 Prozent schwankt; etwa 20 Prozent sprechen sich gegen den Beitritt aus. Die Befürwortung ist besonders hoch unter jungen Menschen und Großstadtbewohnern. Die polnische Jugend assoziiert mit dem EU-Beitritt bessere Zukunftschancen, ihre Ambitionen umzusetzen. Die größte Unsicherheit bei dem Referendum in Polen betrifft die notwendige Beteiligung von 50 Prozent aller Wahlberechtigten.<sup>5</sup>

Die anstehende Vergrößerung der EU unterscheidet sich wesentlich von den früheren. Um ein Beispiel zu nennen: Die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EU braucht eine Reform, über die man seit 30 Jahren sprach, aber wenig tat. Paradoxerweise, wird die EU durch die Erweiterung gezwungen, diese Reform durchzuführen. Gleichzeitig aber bewirkt derselbe Beitritt den Druck auf die Kandidatenländer, damit sie ihre Agrarsysteme korrigieren. Der Prozess entwickelt sich also in beiden Richtungen.

Manche Schwierigkeiten in den Beitrittsverhandlungen folgten u.a. daraus, dass einige EU-Staaten die notwendigen internen Reformen nicht durchgeführt haben, was nicht ohne Einfluss auf die Verhandlungen selbst und auf die Entwicklung der europäischen Integration bleibt. In diesem Kontext fällt es schwer, den nationalen Interessen nur einer Ländergruppe Verständnis entgegenzubringen und die Interessen der anderen Gruppe an die Seite zu schieben.

Die EU-Erweiterung erweist sich schon jetzt profitabel für alle, wenn auch zuerst vor allem für die EU-Staaten. Die EU profitiert von dem Erweiterungsprozess im Bereich der drei sogenannten Säulen. Im Bereich der Wirtschaft haben wir seit über zehn Jahren mit der Öffnung der Märkte in Mittel- und Osteuropa zu tun. Man verschweigt, dass durch den Export von Konsumgütern und Dienstleistungen aus der EU nach Polen fast 200.000 Arbeitsplätze (darunter etwa 80.000 in Deutschland) in den EU-Ländern geschaffen werden. Man vergisst auch, dass einige EU-Industriebranchen im großen Maße durch Subventionen erhalten bleiben oder dass die deutsche Landwirtschaft seit zehn Jahren einen Exportüberschuss im Handel mit Polen genießt.

In der Außenpolitik profitieren alle von der politischen Stabilität. Im Bereich der Justiz sowie des Innern muss man unter anderem die effiziente Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der illegalen Migration oder die vorbildliche Zu-

---

<sup>5</sup> Das Referendum fand am 7. und 8.6.2003 statt: Die Beteiligung erreichte 59 Prozent und 78,5 Prozent haben mit „ja“ ihre Stimme abgegeben, 22,5 Prozent mit „nein“.

sammenarbeit der Polizei und des Bundesgrenzschutzes mit den polnischen Kollegen erwähnen. Gearbeitet wird bereits an der Vorbereitung der östlichen Grenze Polens als Außengrenze der EU. Angestrebt wird die Entwicklung der Grenzinfrastruktur als einer soliden Barriere gegen organisierte Kriminalität, Drogenschmuggel und illegale Migration. Unter Beachtung des Schengener Abkommens soll die technische Infrastruktur die legale Einreise erleichtern und die illegale erschweren. Als ein Land, das Offenheit und Vertrauen in den Beziehungen zu seinen Nachbarn fördert, ist Polen an der Entstehung neuer Trennungslinien in Europa nicht interessiert. Viele Probleme in diesem Bereich sind nicht politischer, sondern eher technischer und infrastruktureller Natur (unter anderem auch die Errichtung eines neuen Datenbanksystems im Rahmen des Schengenabkommens).

#### IV.

Ängste über die EU-Erweiterung gibt es in Polen und in Deutschland. Sie sind oft psychopolitischer Natur. In Polen werden Stimmen laut, dass Grundstücke zum Objekt ausländischer Spekulanten werden. In Deutschland haben manche Menschen Angst vor der Freizügigkeit der polnischen Arbeitnehmer. Oft stellt man die Erweiterung als „Job-Killer“ dar. Dass einige Jobs (sogar Industriebranchen) im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung untergehen, ist als ein normales Phänomen zu betrachten. Entgegen einiger Meinungen, betrifft dies nicht nur Deutschland oder andere EU-Länder, sondern – durch die Transformation und die EU-Beitrittsbedingungen – auch Polen und andere Kandidaten, was man gerne vergisst. Diese Prozesse kann man mit Übergangsfristen überbrücken, sie dürfen aber nicht zu sehr ausgedehnt werden. Das Problem liegt teilweise woanders: Neue Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, was leider nicht passiert.

Hinter den erwähnten Befürchtungen verbergen sich nicht nur Wissensdefizite; es sind ebenfalls Defizite des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten. Auch wenn diese Ängste übertrieben scheinen, sollte man sich bemühen, sie durch Aufklärungsarbeit und durch Übergangsfristen zu lösen. In diesem Zusammenhang sind viele Klischees der EU-Erweiterung zu überwinden, die oft einen größeren Einfluss als Fakten haben. Die Kenntnis der Situation in Polen und in anderen EU-Anwärterländern entpuppt sich als nicht ausreichend. Die Stereotypen, ja Mythen sogar, betreffen Fragen, die – etwas übereilt – für besonders heikel gehalten werden. Man darf die Zukunft Europas nicht auf die Milchquoten oder auf die Arbeitsmigration begrenzen.

Mittel- und Osteuropa wird oft von Westeuropäern als eine potentielle Bedrohung wahrgenommen. Polen oder einige Länder der MOE-Region werden vielfach als Wettbewerbskonkurrent, Quelle einer illegalen Zuwanderung, Bedrohung für den Arbeitsmarkt oder als Beispiel einer maroden und rückständigen Landwirtschaft

angesehen. Aus dieser Sicht stellt sich die Frage der EU-Erweiterung als eine auf Vorbeugung der Destabilisierung orientierte Maßnahme dar. Wenn man von Polen nur Ruhe erwartet (wie etwa der französische Staatspräsident), dann ist es kein Fundament der Zusammenarbeit und weniger noch einer Partnerschaft.

So würde sich nur das Stereotyp festigen, dass es den Deutschen nur um den Einfluss im Osten geht und den Polen um das Geld aus Brüssel. Darin kann jedoch nicht die Vereinigung Europas bestehen. Man muss sich hier die Frage stellen: Kommt Polen die Rolle zu, lediglich die Destabilisierung im Osten zu verhindern, oder soll Polen gleichberechtigter Partner sein? Sollen Polen oder andere Beitrittsländer nur eine Verstärkung des deutsch-französischen Motors sein?

1. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer<sup>6</sup> wird von einigen Politikern in Deutschland als Bedrohung wahrgenommen, obwohl die Mehrheit der deutschen Industrie im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt eine Chance sieht. Man soll aber die Zukunft nicht dramatisieren, weil es *de facto* nicht so sehr darum geht, wie viele potentielle Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern in die EU kommen (kommen können schon heute viele, weil der visafreie Verkehr von Personen seit Jahren besteht), sondern darum, wie viele Arbeitsplätze realistisch zu besetzen sind. Weil viele der polnischen Arbeitslosen aus dem kleinstädtischen Bereich stammen und keine Fremdsprachen beherrschen und weil die demokratischen Verhältnisse in Polen die Emigration nicht favorisieren, sollte man die Gefahr für den Arbeitsmarkt in einigen Ländern nicht überschätzen. Andererseits beruhen die Ängste auf der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einiger EU-Länder und in diesem Kontext sollte die EU-Erweiterung langfristig eher als Chance betrachtet werden.

In den 1980er Jahren konnte man sich am Beispiel Spaniens und Portugals überzeugen, dass die für die Freizügigkeit mühsam verhandelten Übergangsfristen sich in kurzer Zeit als überflüssig erwiesen. Denken wir in diesem Zusammenhang auch daran, welche Befürchtungen die Aufhebung der Visapflicht für Polen (Anfang der 1990er Jahre) in den EU-Ländern hervorrief. Heute ist die Zahl der in ihre Heimat zurückkehrenden Polen größer als die der Auswanderer.

2. Übertriebene und meist unbegründete Ängste hängen mit der Beteiligung Polens an der Gemeinsamen Agrarpolitik zusammen. Auch hier gibt es falsche Schätzungen. Es wird allgemein angenommen, dass über 20 Prozent polnischer Arbeitnehmer in der Landwirtschaft tätig sind. Indessen ist die Landwirtschaft nicht mal für die Hälfte dieses Prozentsatzes die hauptsächliche Einnahmequelle

---

<sup>6</sup> Orłowski, Warum sollten die Polen eigentlich massenhaft einwandern? Über Befürchtungen in Deutschland und tatsächliche empirische Befunde, Frankfurter Rundschau, 17.7.2001; Die Europäische Union bleibt für Arbeitsmigranten ein Magnet. Europas Wirtschaft braucht ausländische Beschäftigte. Einwanderer sollen schwache Geburtenzuwächse auffangen, FAZ, 14.5.2003, S. 12.



(von dieser Hälfte sind etwa 40 Prozent Marktproduzenten und 60 Prozent Subsistenzbauern). Zusätzlich ist die Fläche vieler landwirtschaftlicher Betriebe zu klein,<sup>7</sup> als dass sie von einer substanziellen und langfristigen EU-Finanzierung profitieren können. Mehr noch, das neu von der EU vorgeschlagene Finanzierungssystem stellt die polnische Politik vor ein Dilemma: soll man schwachen Produzenten aufgrund der innenpolitischen Wirkung helfen oder gute Produzenten unterstützen?

Wirklich sozial heikle Fragen sind mangelnde Arbeitsplätze auf dem Lande außerhalb der Landwirtschaft oder die unzulängliche demografische Struktur. In der Konsequenz drohen Polen größere Probleme bei der finanziellen Restrukturierung der Landwirtschaft als bei der Finanzierung der Betriebe, wobei es im letzten Bereich vor allem um die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen geht. Gute polnische Produzenten fürchten nicht so sehr den freien Markt, eher eine Art von Renationalisierung der EU-Agrarpolitik oder ihre Verfälschung durch verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen seitens der EU. In dieser Hinsicht geht es Polen nicht unbedingt um unbegrenzte Erhöhung des EU-Agrarhaushalts (eine Tendenz, die man mit den Deutschen teilen könnte).

Es ist auch schwer, Befürchtungen zu teilen, dass die Erweiterung die Agrarmärkte der EU destabilisieren würde. Erstens ist bisher die Handelsbilanz Polens mit der EU im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte negativ, d.h. wir importieren mehr als wir exportieren. Zweitens ist die Vermarktung dieser Produkte in der EU, wie bekannt, sehr schwierig, weil die Konkurrenz groß ist und die Marketingkosten den Export von bisher unbekanntem Produkten verteuern.

Insgesamt scheinen die Meinungsunterschiede zwischen Polen und Deutschland in diesen Bereichen lösbar und nicht akut.

3. Ein Beispiel polnisch-deutscher Gemeinschaft könnte eine intensive und europäisch geprägte Zusammenarbeit in der grenznahen Region sein. In diesem Kontext wird die EU-Erweiterung von der deutschen Bevölkerung manchmal ängstlich angenommen. Langfristig ist es aber eine falsche Perspektive, weil die Grenzregion ohne EU-Erweiterung keine großen Chancen hat, auch wenn sie kurzfristig von Wettbewerbsproblemen begleitet sein kann. Unabhängig von Übergangsfristen in dem einen oder anderen Bereich sollten Polen und Deutsche in den kommenden Jahren gemeinsame Konzepte im grenznahen Raum entwerfen und sie umsetzen.

Im Vergleich zum Anfang der 1990er Jahre hat man in diesem Raum große Fortschritte erreicht, im Hinblick auf die Zukunft scheint die Lage weniger befriedigend zu sein. Die Probleme der polnisch-deutschen Grenzregion reduzieren sich

---

<sup>7</sup> Zu der kommunistischen Zeit machten diese kleinen Privatbetriebe etwa 85 Prozent der gesamten Agrarfläche aus und sorgten für die ausreichende Versorgung des Marktes. Was einmal eine Stärke war, bedeutet heute eine Schwäche.

nicht nur auf die Übernahme des Schengen-Acquis oder auf die Schließung der Grenzübergänge, sondern es handelt sich um ein wichtiges, politisches Zukunftsthema.

Die Infrastruktur, die als entscheidende Voraussetzung für die Investoren gilt, ist in der Grenzregion schwach entwickelt. Die Grenzregion leidet an Investitionsmangel. Auf der deutschen Seite kommt noch das Problem der Migration gen Westen hinzu, was nicht nur ein deutsches Problem ist, sondern auch einen Verlust von Kunden und Partnern für die polnische Seite impliziert. Das ist ein Beweis dafür, dass die Schwäche auf einer Seite der Grenze nicht unbedingt ein Vorteil für die andere ist.

„Man muss zur Kenntnis nehmen, dass es im Prozess der europäischen Vereinigung jetzt plötzlich mitten in Europa neue Peripherien geben wird. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wird sich also zum Teil dramatisch erhöhen. Es wird regionale Wachstumszentren geben, und es wird peripher fallende Regionen geben“<sup>8</sup>, was auf eine Peripherisierung der Grenzräume hinauslaufen kann.

Der Bundestagspräsident, *Wolfgang Thierse*, hatte in seiner Rede am 3. Oktober 2001 darauf hingewiesen, dass die neuen Bundesländer nicht nur Richtung Westen schauen sollen und sich nicht – manchmal frustriert – nur mit dem Westen vergleichen. Sie sollen auch im Osten ihre Chance sehen und die kann sich unter anderem durch die Vergrößerung der EU verwirklichen.

Der polnische Staatspräsident nahm in seiner Rede in Potsdam, im März 2002, zu diesem Thema Stellung: „Die Erstellung eines ganzheitlichen, polnisch-deutschen Konzeptes der Bewirtschaftung der Grenzgebiete würde zu einer wirksamen Lösung der Probleme bei der Zusammenarbeit beitragen. Ich denke hierbei an eine langjährige Initiative [...]. In diesem Dokument sollte man die grundlegende Richtung der Veränderungen bestimmen, unter anderem: Flächennutzung, Entwicklungspläne einzelner Regionen, Investitionen und Handel, Förderung der Wirtschaft, Umweltschutz, die Nutzung der Oder, Hochwasserschutz, Ausbau der Transportverbindungen. Es geht auch um die Verbreitung des Unterrichts der polnischen und der deutschen Sprache in den Schulen des Grenzgebiets“<sup>9</sup>.

Die Entwicklungschancen der polnisch-deutschen Grenzregion liegen aber nicht darin, dass man sie mit öffentlichen Geldern massiv und langfristig finanziert. Diese Chance liegt in der grenzüberschreitenden Kooperation, die die Vorteile von

---

<sup>8</sup> „Härteste Sprachgrenze Europas“, Interview mit dem Soziologen *Ulf Matthiesen*, „Tageszeitung“ vom 22. Mai 2002.

<sup>9</sup> Rede von *Aleksander Kwaśniewski* während des Treffens mit den Ministerpräsidenten der Länder Brandenburg, Sachsen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, sowie den Marschällen und Wojewoden der Wojewodschaften Lubuskie, Zachodniopomorskie und Dolnośląskie, Potsdam, 7.3.2002, Text in: [http://www.prezydent.pl/ser/index.php3?tem\\_ID=3858&kategoria=](http://www.prezydent.pl/ser/index.php3?tem_ID=3858&kategoria=) (Zugriffsdatum: 23.6.2003).

jeder Region oder Stadt berücksichtigt.<sup>10</sup> Bereiche wie Infrastruktur, selektive und effiziente Wirtschaftsförderung, Bildung und Forschung, Dienstleistungen oder Informationsaustausch bleiben in dieser Hinsicht hoffnungsvolle Felder der Zusammenarbeit. Deshalb ist auch die EU-Erweiterung so wichtig.

Die geplante Neugestaltung der deutschen Universität Viadrina in Frankfurt/Oder (2/3 sind polnische Studenten) als einer internationalen Stiftungsuniversität wäre ein hervorragendes Beispiel einer polnisch-deutschen Zukunftsgemeinschaft. Diese Universität gälte mit der in Lublin entstehenden polnisch-ukrainischen Universität als Beispiel des polnischen Beitrags zur europäischen Zusammenarbeit.<sup>11</sup>

Die Angelegenheit der polnisch-deutschen Grenzregion beschränkt sich also nicht nur auf die technischen Fragen der Grenzübergänge oder des Transports, sie hat vielmehr ein politisches Ausmaß. Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Chance der Grenzregionen liegt in der Entwicklung eines gemeinsamen Grenzraumes, der sie vor der Gefahr der Peripherisierung schützen würde. Der EU-Beitritt Polens wird zwar für diese Region keine Wunder bewirken, aber ohne diesen Beitritt werden die Chancen der grenznahen Region sehr beschränkt bleiben.

## V.

Wie schon früher erwähnt, eröffnet sich mit der EU-Erweiterung nicht nur eine Chance für Europa, sondern auch für eine qualitative Veränderung der polnisch-

---

<sup>10</sup> „Gemeinsam mit den regionalen IHKs und den Handwerksinnungen muss deshalb schon jetzt eine Strategie entwickelt werden, die die grenznahen Regionen auf den polnischen EU-Beitritt vorbereitet. Es wäre zu spät, hierauf erst kurz vor dem Beitritt einzugehen. Diversifizierung, Erlernung neuer sprachlicher Fähigkeiten oder Kooperation mit einem polnischen Partnerunternehmen brauchen Zeit. Nicht die Abschottung von Polen aber verspricht langfristigen wirtschaftlichen Erfolg, sondern die strategische Vorbereitung auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen.“, In die Zukunft investieren: Strategie für einen Neubeginn in der Deutsch-Polnischen Partnerschaft. *Freudenstein/Tewes*, Außenstelle Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung, 27.6.2000.

<sup>11</sup> In seiner Rede „Die andere Tradition Europas“ (in der polnischen Botschaft in Deutschland, am 26.3.2002) formulierte Bischof *Dr. Josef Homeyer* einige Optionen für die deutsch-polnische und die europäische Zukunft: „Wir brauchen erstens verstärkte Verknüpfungen aller Zweige der Bildung. So hilfreich der ein oder andere Schüleraustausch auch ist, wir brauchen – institutionalisiert – Formen gemeinsamer Ausbildung von Lehrern. [...] Wir brauchen in Deutschland die Fremdsprache „Polnisch“ ebenso selbstverständlich an den Gymnasien wie „Französisch“. Wir müssen den Mut haben, gemeinsame Universitäten zu gründen und zu tragen, zumindest aber Institute für *postgraduate* oder *advanced studies*. Wir müssen die Zahl der polnischen Studenten in Deutschland und der deutschen in Polen in den nächsten Jahren massiv steigern und dies finanziell und rechtlich absichern. [...] Was spricht eigentlich dagegen, wenn Ausschüsse des Sejm oder des Bundestages gemeinsam besetzt werden, zumindest im Status dauernden Gastrechts? Könnte nicht dies alles zunächst auf unteren Ebenen, etwa in Grenzregionen entschiedener vorangetrieben werden, zumal dann, wenn es ein gemeinsames Wahlrecht aller Bürger der EU geben wird? Hier könnte sich jedenfalls deutlicher als bisher zeigen, dass die Gestaltwerdung Europas weit mehr meint als das gemeinsame ökonomische Interesse“.

deutschen Beziehungen.<sup>12</sup> Die Überwindung der polnisch-deutschen Antagonismen ist ein wichtiges Element des europäischen Erbes aus zwei Gründen. Erstens stärkt die europäische Integration die deutsch-polnische Zusammenarbeit, was auch umgekehrt funktioniert – ohne diese Zusammenarbeit wäre das ost-westliche Zusammenwachsen Europas nicht möglich. Zweitens, für andere Länder kann das erfolgreiche Beilegen des historischen Konflikts im Herzen Europas wegweisend sein.

In den letzten, oft von Spannungen und Konflikten geprägten 200 Jahren, hatte die deutsche Politik im Osten grundsätzlich nur einen wichtigen Partner – Russland oder die Sowjetunion. In der polnischen Gesellschaft ist die Erinnerung immer noch wach, dass der Zusammenschluss zwischen dem Westen oder seinen einzelnen Ländern einerseits und Russland bzw. der Sowjetunion andererseits zu Lasten polnischer Interessen ging. Das geschichtliche Dreieck Polen-Russland-Deutschland war eines der am meisten belasteten Gebilde der europäischen Politik. Im Sommer 1991 fand in Weimar das erste Treffen der Außenminister Polens, Frankreichs und Deutschlands statt. So entstand das Weimarer Dreieck, nicht aber als Gegengewicht für die früher erwähnte Konstellation, eher als Zeichen der in Europa vollbrachten Veränderungen (seine Rolle leidet oft an der mangelnden französischen Bereitschaft).

Für die polnisch-deutschen Beziehungen ist die Verankerung Warschaus und Berlins in derselben politischen Struktur, d.h. in der EU und der NATO, von großer Bedeutung. Das haben auch einige deutsche Politiker frühzeitig erkannt (z.B. der ehemalige Verteidigungsminister *Volker Rübe*), indem sie diese Linie der polnischen Politik unterstützt haben. Angesichts der historischen Erfahrungen führte es zu einer neuen Qualität der Politik, in der Polen nicht zwischen einem trügerischen Bündnis mit Russland gegen Deutschland oder einem mit Deutschland gegen den Osten wählen muss. Polen will auch nicht das östlichste Land des Westens und gleichzeitig das westlichste des Ostens sein. Der Wandel im Jahre 1989 bewirkte auch, dass die mitteleuropäische Region nicht – wie in der Vergangenheit – ein deutsch-russisches Wettbewerbsfeld darstellt. Es ist ein Geschenk der Geschichte, das Europa nicht ohne polnische Teilnahme bekam.<sup>13</sup> Manchmal kommt also das Licht auch *ex oriente*.

Der im Jahre 1989, allen Realpolitikern zum Trotz, von Polen erzwungene friedliche Wandel war gleichzeitig auch die Voraussetzung der deutschen Vereinigung.

---

<sup>12</sup> Kranz, Germany, *Quo Vadis? A View from Poland*, in: German Politics, Issue 10.1 (2001), Special Issue: New Germany, New Europe, Old Foreign Policy? (ed. by Douglas Webber).

<sup>13</sup> „[...] da standen wir keineswegs nur vor einem Glücksfall der Geschichte“, von *Kyaw*, Osterweiterung als Herausforderung an die EU und ihre Beitrittskandidaten – aus der Sicht eines europäischen Praktikers, Vortrag am 15.2.2000 (Forum Constitutionis Europae 3/00), <http://www.whi-berlin.de/kyaw.htm> (Zugriffsdatum: 23.6.2003).

Die Oppositionseliten und – seit 1989 – die demokratische Regierung Polens unterstützten die Wiedervereinigung Deutschlands in der Überzeugung, dass ein freies Polen sich nicht mit einem geteilten Deutschland und dem Bestehen der kommunistischen DDR vereinbaren lässt. Voraussetzung für diese Politik war aber, dass Deutschland die westliche Grenze Polens *de iure* anerkennt und dass ein vereinigtes Deutschland nicht nur in der EU, sondern auch in der NATO bleibt. Die grundsätzliche Voraussetzung dieser Politik war jedoch die Überzeugung von einem anderem Charakter Deutschlands, der einen sogenannten Sonderweg ausschließt. Mit anderen Worten: keine Experimente. Heute würde man dem zufügen: keinen deutschen Weg.

## VI.

Die politische Wende in Polen sowie die Veränderungen im mittel- und ost-europäischen Umfeld schufen die Voraussetzungen für eine eigenständige Deutschlandpolitik Warschaws. Als Ministerpräsident *Tadeusz Mazowiecki* und Bundeskanzler *Helmut Kohl* im November 1989<sup>14</sup> am gemeinsamen Gottesdienst in Kreisau teilnahmen, stellte sich heraus, dass das als Hintergrund dieser Zusammenkunft dienende Schloss sich in einem sehr schlechten Zustand befindet. Trotz besten Willens konnte man es in wenigen Tagen nicht sanieren lassen. Die polnisch-deutschen Beziehungen befanden sich damals in einem ähnlichen Zustand. Die Fortschritte in den letzten Jahren sind jedoch augenscheinlich.

Wenn man auf die vergangenen 13 Jahre zurückblickt, muss man feststellen, dass man es mit einem von historischer Bedeutung aufgeschlagenem Kapitel bilateraler Beziehungen zu tun hat – kurz mit einer Erfolgstory. Die Zeit bleibt aber nicht stehen und im Kontext der neuen Herausforderungen darf man nicht nur darauf bauen. Das Gewebe der polnisch-deutschen Beziehungen ist noch fragil und braucht politische und gesellschaftliche Unterstützung.

Seit Anfang 1990 bis etwa 1997 konnte man den neuen Geist und den Aufbau von bilateralen Kontakten und Institutionen deutlich erkennen. Später verfielen die Beziehungen immer mehr in einen Routinezustand. Die Vertreter politischer Eliten, die sich auf das deutsch-polnische Verhältnis konzentrieren, werden weniger und auch die Politik erinnert nun zu oft an die Verwaltung eines laufenden Geschäfts. Täuschen sich diejenigen, die meinen, durch den EU-Betritt Polens wird alles besser? Dies ist nicht wahr, weil Polen und Deutschland, als Nachbarländer, noch viele gemeinsame bilaterale Themen haben, auf die sie sich konzentrieren

---

<sup>14</sup> Während dieses Besuches fiel die Mauer in Berlin; der Bundeskanzler unterbrach kurz seinen Besuch in Polen, um am nächsten Tag wiederzukehren.

müssen – beispielsweise grenznahe Zusammenarbeit, Kultur, Wissenschaft, Geschichtsbild, Schulbücher, Sprachunterricht<sup>15</sup>.

Im Hinblick auf die EU-Erweiterung wird Deutschland oft als polnischer Anwalt wahrgenommen. Es ist jedoch zu klären, welcher Art diese Beziehung zwischen den beiden Ländern ist. In der politischen Zielsetzung muss man sich auch fragen, ob man etwas für Polen oder gemeinsam mit Polen unternehmen will – dies ist das entscheidende Element der Zusammenarbeit und der Partnerschaft, auch im Hinblick auf die erweiterte EU.

Anfang der 1990er Jahre formulierte der damalige polnische Außenminister, *Krzysztof Skubiszewski*, die These von einer neuen polnisch-deutschen Interessengemeinschaft. Er meinte damit vor allem den Aufbau neuer bilateralen Beziehungen, sowie die neuwertige Perspektive der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Sicherheitsproblematik im europäischen Rahmen. Viel davon wurde in den letzten Jahren erreicht. Einige Kritiker betrachten jedoch diesen Begriff als realitätsfernes Wunschdenken. Dies ist teilweise auf Routine in den bilateralen Beziehungen in den letzten fünf Jahren zurückzuführen.

Man sollte aber auf die Konzepte von Interessengemeinschaft oder Partnerschaft nicht im Voraus verzichten. Übrigens, gemeinsame Ziele und Interessen müssen nicht immer das gesamte Politikspektrum umfassen, sie schließen also Kontroversen betreffs der anstehenden Interessen und Methoden ihrer Verwirklichung nicht aus. Es handelt sich eher um die Zielsetzung, um Instrumente und um das Klima. In dieser Hinsicht gibt es in den polnisch-deutschen Beziehungen immer noch Defizite, woran beide Seite einen Teil der Verantwortung tragen.

Worin – nach der Überwindung der historisch belasteten Beziehungen – sollte diese neue polnisch-deutsche Gemeinsamkeit bestehen und welche Inhalte oder Ziele sollte sie enthalten, um sich nicht in Rhetorik zu verlieren? Außer wichtigen bilateralen Aspekten beinhaltet eine solche Partnerschaft vor allem Fragen der Europa- und der Sicherheitspolitik. In diesen Bereichen, und vor allem in der Europäisierung des polnisch-deutschen Verhältnisses, liegt eine große Chance. Sie könnte auch kurzfristig in Polen den Wandel von einer „Beitrittslogik“ zu einer „Mitgliedschaftslogik“ herbeiführen. Man braucht dazu den politischen Willen auf beiden Seiten und entsprechend wirksame Instrumente.

Die polnisch-deutsche Zusammenarbeit in diesen Bereichen ist noch nicht ausreichend und sie braucht neue Impulse. Sie sind sowohl in deutschen als auch polnischen Händen. Beide Seiten sollten präzisieren, welche Erwartungen sie aneinander haben und was sie beabsichtigen, gemeinsam zu unternehmen. Dazu

---

<sup>15</sup> Im Rahmen des deutschen Schulsystems lernen weniger Kinder und Jugendliche polnisch als im Rahmen verschiedener außerschulischer Vereine. Dies liegt zum großen Teil an einem mangelnden Angebot. Die Kenntnisse der polnischen Sprache und Kultur scheinen jedoch von praktischer Bedeutung für die Nachbarländer, vor allem im Hinblick auf die EU-Erweiterung.

müssen auch der Rang und die Rolle Polens in der deutschen Politik besser verankert werden. Diese Feststellung soll der Ansporn zu einem konstruktiven Nachdenken sein – sowohl in Polen als auch in Deutschland. Man braucht in dieser Hinsicht eine neue Vision und die damit verbundenen Konzepte der politischen Klasse und beider Gesellschaften. Deutschland und Polen können das Vertrauenskapital nutzen, das in den letzten Jahren aufgebaut wurde. Dieses Vertrauenskapital schwindet aber, wenn es nicht durch zukunftsgerichtete Projekte untermauert wird.<sup>16</sup>

## VII.

Ein wichtiges Gebiet – sowohl multilateral, als auch bilateral – stellt die Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik dar. Seit 1990 gab es in dieser Hinsicht zwischen Polen und Deutschland keine besonders großen Unterschiede, wobei die NATO-Erweiterung ein delikates Thema blieb, insbesondere was die Berücksichtigung der russischen Interessen betraf.<sup>17</sup> Heute sind die Republik Polen und die Bundesrepublik zum ersten Mal Mitglieder desselben militärischen Bündnisses (siehe Polens Aufnahme in die NATO im Jahre 1999).

Für Polen bleibt eine starke, militärisch fähige NATO (darunter die amerikanische Militärpräsenz in Europa) ein Fundament der europäischen Sicherheit. Nach 1989 änderte sich die NATO, sie darf jedoch nicht zu einer Art OSZE werden. Eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU lässt noch auf

---

<sup>16</sup> „Die deutsch-polnischen Beziehungen [...] brauchen dringend einen neuen Impuls. [...] Die Anpassungsschwierigkeiten in Vorbereitung auf den EU-Beitritt, sowie eine Reihe vergangenheitsbezogener bilateraler Probleme, die keinesfalls nur von deutscher Seite zu verantworten sind, haben in Polen zu Enttäuschung und Ungeduld geführt. In Deutschland wiederum scheint man sich der Tragweite der EU-Osterweiterung erst jetzt bewusst zu werden, wobei allzu oft mehr über Bedenken als über Vorteile gesprochen wird. In dieser Atmosphäre verstellen die Schwierigkeiten der Tagespolitik den Blick auf die strategische Bedeutung der deutsch-polnischen Partnerschaft, die im ureigensten Interesse beider Länder liegt. Eine gemeinsame Zukunftsvision für das neue Jahrzehnt gibt es auf politischer Ebene nicht. [...] Deutschland und Polen können die Chancen der EU-Osterweiterung nur voll nutzen, wenn sie es verstehen, die Zukunftsaufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam anzugehen. Dazu muss der deutsch-polnische Dialog mutig und mit Fantasie erweitert und erneuert werden.“ Aus: In die Zukunft investieren [...] (Fn. 10).

<sup>17</sup> In seiner Regierungserklärung vom 13.1.1994, stellte der Bundeskanzler fest: „Wir verstehen die Sicherheitsbedürfnisse und Ängste der Menschen in diesen Ländern, wie z.B. in Polen. Sie beruhen auf tragischen Erfahrungen in diesem Jahrhundert. [...] Zugleich gibt es in Russland historisch gewachsene Befürchtungen vor Isolierung oder Einkreisung. [...] Wenn wir das Ziel erreichen wollen, eine tragfähige europäische Sicherheitsordnung zu schaffen, dann müssen wir auf alle diese psychologischen Gegebenheiten und Sicherheitsinteressen Rücksicht nehmen.“ Während des Bertelsmann Forums, am 20.1.1996, erklärte der deutsche Außenminister: „Mit dem Rücken zu Russland ist die EU-Erweiterung nicht zu machen, von der NATO-Erweiterung ganz zu schweigen! Das müssen auch die potentiellen Beitrittskandidaten wissen. Vor diesem Hintergrund habe ich Präsident *Kwasniewskis* Betonung einer engagierten Ostpolitik Polens begrüßt“.

sich warten, sie wird aber von Polen erwünscht, damit man eine effiziente Aufgabenteilung mit der NATO schaffen kann.

Die von dem amerikanischen Verteidigungsminister erwähnte Teilung in das sogenannte neue und alte Europa muss nicht ein dauerhaftes Phänomen sein. Die mangelnde Solidarität der EU-Staaten ist aber von den Amerikanern nicht erfunden worden. Die EU brauchte nicht Polen oder andere Beitrittskandidaten, um in der Irak-Politik gespalten zu sein. Polen wurde von Frankreich und Deutschland nicht über deren Pläne informiert; Briten, Polen und andere haben es im Hinblick auf den Brief der „8“ auch nicht getan (man könnte die bekannte Frage wiederholen: wer wen?). Andererseits, was die Form betrifft, hat die polnische Regierung fehlerhaft agiert und ihre Stellung in der Irak-Krise nicht ausreichend oder ungeschickt begründet.<sup>18</sup>

Der Bundeskanzler hat es eindeutig abgelehnt, Deutschland zu einer „unsinnigen Wahl“ zwischen der engen Freundschaft mit Frankreich oder mit Amerika zu zwingen. Es gibt aber Versuche, Polen vor die Wahl zu stellen, sich entweder für eine französisch-deutsche oder britisch-amerikanische Linie zu entscheiden, was als Ironie der Geschichte zu betrachten ist. Diejenigen, die Polen als ein trojanisches Pferd der Amerikaner bezeichnen, verwechseln die heutige Lage von Europa mit der Belagerung von Troja.

Die Begründung der polnischen Haltung liegt unter anderem in der negativen politischen Erfahrung der MOE-Nationen, deren Existenz und Entwicklung lange durch expansionistische und diktatorische Regime bedroht oder durch eine Art von *appeasement* dominiert waren. Die MOE-Länder erinnern sich auch gut an die totalitären Regime in Europa und die sie begleitende Realpolitik. Deshalb sind ihre Erfahrungen, ihre Freiheitsvorstellung und ihr Sicherheitsbedürfnis anders geprägt.

Was Polen befürchtet, ist die Marginalisierung einiger Teile Europas und die Destabilisierung der heute globalen Weltsicherheit. Eine starke NATO scheint deshalb weiter notwendig zu sein. Hätten die Europäer das Morden in Kosovo ohne die amerikanische Beteiligung stoppen können? Wer wäre in der Lage gewesen, das unmenschliche und terroristische Regime in Afghanistan zu stürzen?

Anhand neuer Gefahren (illusorisch ist zu glauben, dass Europa davon verschont bleibt), wäre es abenteuerlich, wenn die europäische Politik – die eine USA-Kritik nicht ausschließen soll – auf einem Antiamerikanismus gründen sollte (was heute teilweise der Fall ist) oder wenn man unter der französisch-deutschen Flagge eine neue Multipolarität bauen möchte (Moskau begrüßt es etwa aus der zweiten

---

<sup>18</sup> „Warschau hofft offensichtlich, durch einen Erfolg im Nahen Osten in Europa aufgewertet zu werden. Doch wie man eine Brücke zwischen dem Irak-Engagement und der Europa-Politik schlagen könnte, darauf hat die polnische Regierung noch keine befriedigende Antwort“, *Reiter*, Polens unentbehrliche Partner, FAZ, 9.5.2003, S. 10.



Reihe). Man sollte sich durch die Macht der USA nicht verletzt fühlen, sondern eigene Interessen vernünftig definieren und eine bessere Diplomatie führen. Es ist auch notwendig, über die neue Sicherheitslage zu reflektieren und neue Konzepte zu entwickeln – zusammen mit den USA.

Vier EU-Länder (Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg) haben, Ende April, in Brüssel, für eine Europäische Verteidigungsunion optiert. Sie bedeutet die Verdoppelung der NATO-Strukturen (von der NATO getrennte Planungszelle und *Headquarter*) und soll auch den unabhängig von der NATO-Militärinfrastruktur geführten Operationen der EU dienen. Ob diese Option realistisch ist, bleibt abzuwarten. Sie zielt, den alten französischen Wünschen entsprechend, auf die Abkoppelung der europäischen Sicherheitspolitik von der NATO, und stellt damit einen neuen Akzent in der deutschen Außenpolitik dar.<sup>19</sup>

Die Zukunft wird zeigen in wie weit und wie lange in dieser Hinsicht ein Dissens zwischen Warschau und Berlin besteht. Aus polnischer Sicht ist es notwendig, in der Sicherheitspolitik beide Instrumente – d.h. das europäische und das transatlantische – zu nutzen. Das war auch eine lange Zeit die deutsche Linie, die in letzter Zeit in Wirrungen geraten ist.

Die Überwindung der heutigen Lage liegt, unter anderem, in der Wahrnehmung Polens (und einiger MOE-Länder) als berechtigte Partner des politischen Dialogs und der Konsultationen, was erlauben würde, unterschiedliche Meinungen zu berücksichtigen und auf diese Weise zu einer einheitlichen Stellung zu gelangen. Das letzte polnisch-deutsch-französische Gipfeltreffen (Weimarer Dreieck), das im Mai 2003 in Breslau stattfand, scheint ein Signal zu sein, dass die Konsultationen in Sachen europäischer Sicherheitspolitik (sowie Agrar-, Struktur- und Transportpolitik) in diesem Rahmen mit Leben erfüllt sein könnten. Damit würde auch das „neue Europa“ in die gemeinschaftliche Debatte einbezogen. Vielleicht werden in dieser Hinsicht erste Lehren aus der Irak-Krise gezogen – Lehren für Deutschland und Frankreich, aber auch für Polen.<sup>20</sup>

*Georg Lukács* schrieb einmal: „Selig sind die Zeiten, für die der Sternenhimmel die Landkarte der gangbaren und zu gehenden Wege ist und deren Wege das Licht der Sterne erhellt. Alles ist neu für sie und dennoch vertraut, abenteuerlich und dennoch Besitz. Die Welt ist weit und doch wie das eigene Haus, denn das Feuer, das in der Seele brennt, ist von derselben Wesensart wie die Sterne.“<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> S. dazu kritische Stimmen – *Hollbrooke* über das transatlantische Verhältnis, FAZ, 16.5.2003, S. 6; Interview mit *Cooper*, Auf Deutschland kommt es an, FAZ, 27.5.2003, S. 7.

<sup>20</sup> „Doch musste es erst zu den Verwerfungen wegen widerstreitender Ansichten über die richtige Irak-Politik [...] kommen, damit man die Bedeutung der ostmitteleuropäischen Länder für die Staatengemeinschaft wieder wahrnahm?“, *Ludwig*, Ein Team für Europa, FAZ, 12.5.2003, S. 1.

<sup>21</sup> *Georg Lukács*, Die Theorie des Romans, Neuwied Rhein und Berlin-Spandau 1963, S. 22, Zitat nach der Rede des polnischen Außenministers, *Władysław Bartoszewski*, bei der feierlichen Eröffnung der Internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main, am 17.10.2000.

Dieses Zitat stammt aus einem Werk, dessen erste Skizze im Sommer 1914 verfasst wurde, als die Lichter über Europa ausgingen. Kennen wir aber die Wege, die zu diesem Haus führen, sehen wir die Sterne? Wird es uns gelingen, leise auf zum Sternenkreis zu schwingen?

Man sieht am Horizont Wolken, die nicht nur die Türme des *World Trade Center* streifen können. Manche sagen dazu: Die Zukunft sieht nicht so aus wie früher. Andere meinen: Einst sah man den Himmel offen, jetzt nur ein Ozonloch. Man sollte aber nicht in Unkenrufe verfallen, eine weitsichtige Politik ist nun gefragt - dies gilt für Europa-Politik und für die polnisch-deutsche Gemeinsamkeit. Die Chance, die sich 1989 eröffnet hat, darf nicht verspielt werden.